

II.

In seiner inhaltlichen Ausgestaltung sollte sich diese „demokratische Volksrepublik“ von der Weimarer Republik deutlich unterscheiden. Dem Weimarer Staat – dessen entscheidendes Manko es nach einem Kommentar Anton Ackermanns war, nicht als „ein fortschrittlich revolutionäres Staatswesen“ entstanden zu sein – wurde vorgeworfen, insbesondere die Zerschlagung des „reaktionären Staatsapparates“ und die Vernichtung „der schlimmsten Reaktion der Monarchisten, Generäle, Junker und Großkapitalisten“ versäumt zu haben. Demzufolge verordnete eine Ausarbeitung der KPD vom Juni 1936 einem neuen deutschen Staat nach Hitler die Auflage, sich vor allem um die – im kommunistischen Verständnis – „feudalen Überreste“ und „kapitalistischen Säulen“ der deutschen Gesellschaft zu kümmern: Für den agrarischen Bereich wurde eine Bodenreform angekündigt, und auch im industriellen Sektor wurden schwerwiegende Eingriffe in Aussicht gestellt. Darüber hinaus war die Rede davon, den Staatsapparat, aber auch Heer und Marine sowie alle öffentlichen Ämter von „volksfeindlichen, faschistischen Elementen“ zu säubern. Bezieht man die bis zur sog. Berner Konferenz der KPD von 1939 gemachten Aussagen der deutschen Kommunisten über ein Volksfrontdeutschland mit ein, dann wurden mit diesem Staat u. a. die folgenden – auch für die spätere DDR relevanten – Merkmale verbunden:

- eine besondere außenpolitische Bindung an die Sowjetunion,
- drastische Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen (u. a. Enteignung „des faschistischen Trustkapitals“ und Durchführung einer „demokratischen Bodenreform“),
- die Schaffung eines verlässlichen Beamten- und Polizeiapparates sowie einer zuverlässigen Armee („Volksarmee“),
- die Schaffung der „einigen Arbeiterklasse“,
- das Fernhalten sog. bürgerlicher Kräfte von den Schaltstellen der politischen Macht („die einige Arbeiterklasse . . . wird das Schicksal des Landes bestimmen“)
und nicht zuletzt
- die Fortsetzung des Kampfes „um den Sozialismus“ („die Mehrheit des Volkes für das sozialistische Ziel“ gewinnen).

III.

Die Vorstellung von einer solchen deutschen demokratischen Republik ist offenbar auch in dem Moment präsent gewesen, als deutsche Truppen in den frühen Morgenstunden des 22. Juni 1941 in die Sowjetunion einfielen.

Offensichtlich von der Überzeugung getragen, daß die deutsche Arbeiterklasse mittels einer bewaffneten, revolutionären Erhebung dem nationalistischen Spuk in Deutschland ein Ende bereiten werde, richteten die Angehörigen der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee und ihre zahlreichen deutschen Helfer – von Anton Ackermann bis Hedda Zinner – seinerzeit ihre Bemühungen darauf, diesen erwünschten revolutionären Prozeß in Deutschland zu beschleunigen und die – gelegentlich sogar als „Genossen“ angesprochenen – Soldaten der deutschen Angriffsdivisionen „in dutzendfacher Wiederholung“ aufzufordern, zur Sowjetarmee überzulaufen, die Waffen umzukehren und für ein sozialistisches Deutschland zu kämpfen. Darüber hinaus ergingen an die Arbeiter in der deutschen Rüstungsindustrie detaillierte Anweisungen, „was zu tun und zu lassen sei, damit die deutsche Kriegsmaschine zum Entgleisen gebracht wird, damit Räder und Getriebe stehen bleiben, Eisenbahnzüge zusammenstoßen und damit der Prozentsatz von Ausschuß und Blindgängern in der Rüstungsproduktion hoch ist“. Mit dieser „politisch-moralischen Aktivierung“ war die Erwartung verbunden, den – aus Moskauer Sicht – vermeintlich unmittelbar bevorstehenden „Volkskampf“ so zu unterstützen, daß nicht nur die Ablösung Hitlers erreicht, sondern zugleich „die Umstrukturierung des politisch-sozialen Systems in Deutschland“ eingeleitet werden könne.

IV.

Erst die im Laufe des Herbstes 1941 unter den kommunistischen Funktionären der Moskauer Emigration um sich greifende Erkenntnis, daß es Hitler gelungen sein könnte, „das Klassenbewußtsein der [deutschen] Arbeiter auszulöschen“ (K. L. Selesnjow), nicht zuletzt aber auch das spezielle – an der Existenzsicherung des Sowjetstaates orientierte – Interesse Stalins führten zu einer taktischen Variante im Vorfeld eines neuen Deutschland, die später immer wieder einmal als eine Keimzelle der DDR bezeichnet worden ist und in der Aufwertung einer – auf sowjetische Initiative hin gegründeten – nationalen Sammlungsbewegung deutscher Hitlergegner bestand: Die Rede ist vom Nationalkomitee „Freies Deutschland“. Diese „deutsche Anti-Hitler-Koalition“ widersprach der in Casablanca verkündeten deutschlandpolitischen Standardformel des alliierten Bündnisses gegen Hitler, der Übereinkunft über eine „bedingungslose Kapitulation“, und hat zunächst eher den Eindruck erweckt, als habe es sich um ein Druckmittel der sowjetischen Politik gegenüber den westlichen Alliierten gehandelt. Indessen gibt es ernsthafte Anzeichen dafür, daß mit dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ in erster Linie die deutsche Wehrmachtführung und eine – vermeintlich vorhandene – innerdeutsche Opposition endlich dazu veranlaßt werden sollten, zu dem – immer noch erwarteten – Schlag gegen Hitler auszuholen. Es hat den Anschein, als habe die Sowjetunion als einzige der gegen Hitlerdeutschland